

I. Anmeldung

TOP:

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 20.09.2017

öffentlich

Betreff:

Änderung der Satzung über die Wohnungs- und Haushaltserhebungen der Stadt Nürnberg (WOHAUSS)

Anlagen:

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Aufgrund einer Bürgeranfrage hatte der Landesdatenschutzbeauftragte Informationen zur Durchführung der Wohnungs- und Haushaltserhebung des Amtes für Stadtforschung und Statistik erbeten und erhalten und in einem Schreiben mitgeteilt: "Nach rechtlicher Prüfung der Bürgerbefragung habe ich hinsichtlich der Durchführung und des Verfahrens keine Bedenken, sehe allerdings die Lösungsregelung in § 4 der Satzung über die Wohnungs- und Haushaltserhebungen der Stadt Nürnberg (WOHAUSS) kritisch." Die in dem Schreiben geäußerten Bedenken betreffen nicht das Vorgehen des Statistikamtes bei der Erhebung, sondern die nach Auffassung des Landesdatenschutzbeauftragten unklare Formulierung des § 4 der Satzung, der den Umgang mit den Hilfsmerkmalen bei der Erhebung regeln soll. Diesen Bedenken soll durch eine Änderung des § 4 WOHAUSS Rechnung getragen werden, indem dort auf die Vorschriften des Bayerischen Statistikgesetzes Bezug genommen wird, die bei der Wohnungs- und Haushaltserhebung selbstverständlich befolgt werden sollen.

Daneben wird eine redaktionelle Änderung vorgenommen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☒ Nein
☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Da es sich lediglich um eine klärende Änderung des Satzungstextes handelt, besteht keine Diversity-Relevanz.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☒ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ **Ref. I/II / DSB**
☐
☐

II. Herrn OBM

III. _____

Nürnberg,

()